

zum Kreistag am 23.07.2018, TOP 8

**Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.**

**Landkreis Ebersberg**

Ebersberg, 09.07.2018

Az. 1/14/Eckwerte 2019

Zuständig: Brigitte Keller, ☎ 08092-823-211

## **Vorgesehene Beratungsreihenfolge**

Kreistag am 23.07.2018, Ö

## **Haushalt 2019; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)**

Eckwerte\_2019\_Sivo\_09\_07\_18

### **Sitzungsvorlage 2017/3009/1**

#### I. Sachverhalt:

Mit den Beratungen über die Eckwerte 2019 stellt der Kreistag die Weichen für die Haushaltsplanung des nächsten Jahres. Der Kreistag hat im Februar 2016 die Finanzleitlinien des Landkreises Ebersberg einstimmig neu in Kraft gesetzt. Sie sind bereits seit 2012 der Rahmen einer soliden und dennoch auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichteten Finanzpolitik des Kreistages. Die Leitlinien stellen sicher, dass auch künftige Generationen handlungsfähig bleiben und politische Gestaltungsspielräume behalten. Sie stellen aber genauso sicher, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden nicht mit einer übermäßigen Abgabenbelastung aus der Kreisumlage überfordert werden. So ist es dem Kreistag gelungen, in der Rangfolge der Prozentsätze der niedrigen Kreisumlagensätze in Oberbayern von Rang 11 im Jahr 2013 auf Rang 4 im Jahr 2018 aufzusteigen. Der kommende Haushalt muss die notwendigen Weichen stellen, damit auch in Zukunft Investitionen geleistet werden können.

Die Finanzleitlinie des Kreistages setzt die folgenden fünf Eckpunkte (Warnindikatoren) für den Kreishaushalt:

1. Langfristiger **Abbau der Verschuldung**, d.h. bis 2035 beträgt die Verschuldung höchstens 20 % des Gesamtbetrags der Aufwendungen.
2. Der jährliche **Ergebnisüberschuss** beträgt mindestens 4 % der Verschuldung, mindestens jedoch 2 Mio. €.
3. Der **Schuldendienst** (Zins und Tilgung) darf nicht mehr als 6,8 Mio. € betragen.
4. Der **Schuldenstand** darf 65 % des Gesamtbetrags der jährlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts nicht überschreiten.
5. Bei **Investitionen** dürfen höchstens 75 % der Nettoaufwendungen über Darlehen finanziert werden.

Diese Eckpunkte sind handlungsleitend für die Finanzpolitik des Landkreises. Die Warnindikatoren entwickelten sich gut. Allerdings sind die Kriterien Abbau der Verschuldung und der Schuldendienst mittelfristig gefährdet. In der Finanzplanung des Haushalts 2018 ist eine Neuverschuldung von insgesamt 41 Mio. € bis 2021 geplant. Gleichwohl hat der Kreistag

noch keine Entscheidungen getroffen, die die Einhaltung der Finanzleitlinie unmöglich machen würde.

Die nachfolgenden Überlegungen zur Festsetzung der Eckwerte 2019 berücksichtigen die mittelfristigen Investitionsüberlegungen des Kreistags indem die Ergebnisüberschüsse entsprechend hoch ausgewiesen werden. Die Zielmarke liegt dabei bei 10 Mio. Euro.

### **1. Vorbemerkung Investitionen:**

Bezüglich der **Investitionen** ist festgelegt, alle Investitionen, die **neu** und größer als 200.000 € sind, auf die **Warteliste** zu setzen. Alle Investitionen der Warteliste werden dem Kreis- und Strategieausschuss am 08. Oktober 2018 und dem Kreistag am 22. Oktober 2018 vorgelegt. Dort wird entschieden, welche Investitionen in die Haushalts- und Finanzplanung 2019 ff. aufgenommen werden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass nicht die Investitionen, die „am ersten genannt werden“, sondern alle Investitionen auf Dringlichkeit geprüft werden können und damit nach ihrer Priorität in den Kreishaushalt einfließen.

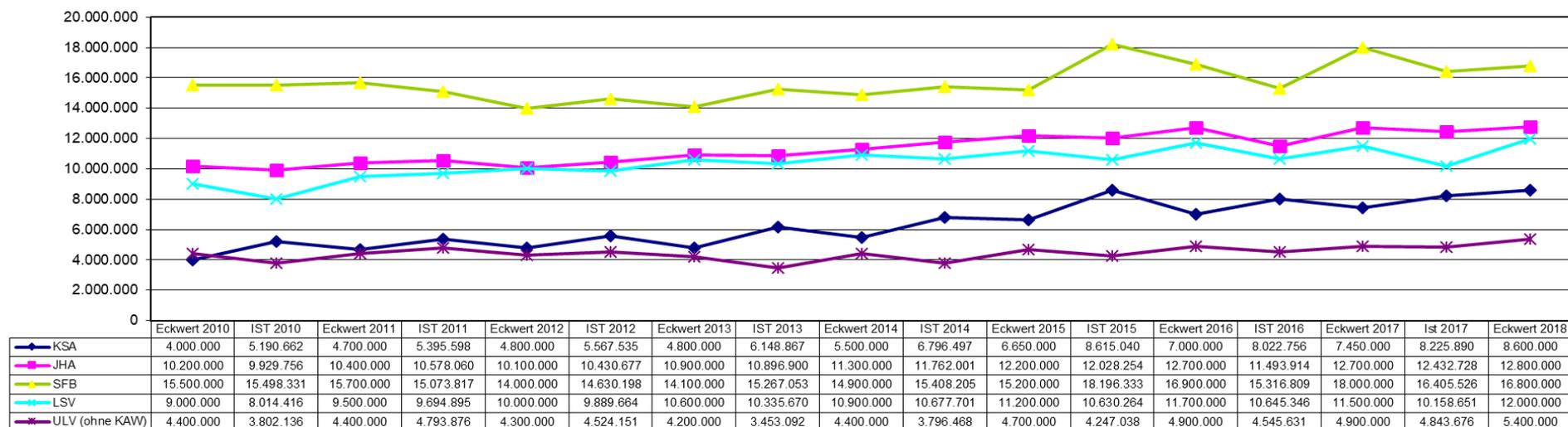
**Hinweis zu den Investitionen: Die planmäßige Verschuldung sollte sich – ausgehend vom Jahr 2012 - auf rd. 78 Mio. € bis zum Jahr 2015 erhöhen. Weil die Kreditaufnahmen durch die sehr gute Konjunktur in den letzten 5 Jahren so nicht erfolgten, konnte die Prognose im Haushalt 2018 auf einen Schuldenstand in Höhe von 48,0 Mio. € zum 31.12.2018 nach unten korrigiert werden. Unter Berücksichtigung der in der Finanzplanung aufgezeigten Neuverschuldung von 41 Mio. € sowie der vorgesehenen Tilgungsleistungen wird die Verschuldung bis zum Ende des Jahres 2021 auf 69 Mio. € ansteigen.**

### **2. Entwicklung der Eckwerte aus den Vorjahren:**

Mit den Beratungen im Kreis- und Strategieausschuss am 09.07.2018 startet die Haushaltsplanung 2019 mit der Finanzplanung bis 2022. Über die Eckwerte wird in einem frühen Planungsstadium, nämlich vor Beginn der Planungsphase der Sachgebiete versucht, den Planungsprozess zu steuern.

Rückblickend auf die Vorjahre stellt sich dieser Prozess im Vergleich von Eckwerteplanung zu tatsächlichen IST-Ergebnissen wie folgt dar:

Die **Eckwerte** entwickelten sich in den letzten 9 Jahren wie folgt:



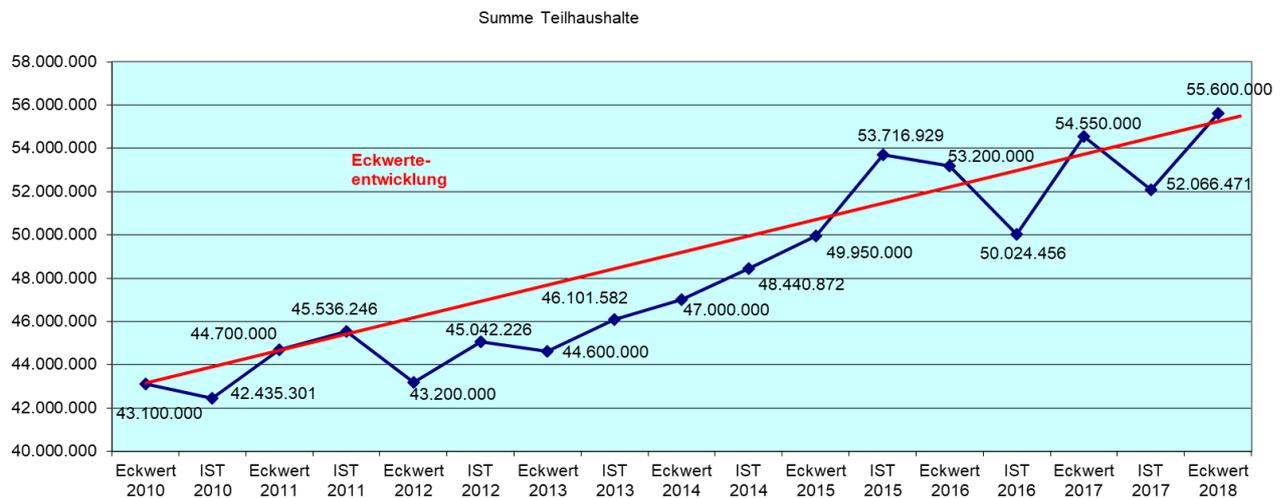
Ausschuss	Eckwert 2010	Eckwert 2018	Veränderung in €	Veränderung in %
KSA	4.000.000	8.600.000	+ 4.600.000	+ 115%
JHA	10.200.000	12.800.000	+ 2.600.000	+ 25%
SFB	15.500.000	16.800.000	+ 1.300.000	+ 8%
LSV	9.000.000	12.000.000	+ 3.000.000	+ 33%
ULV	4.400.000	5.400.000	+ 1.000.000	+ 23%

Die **IST-Ergebnisse** entwickelten sich in den letzten 8 Jahren wie folgt:

Ausschuss	IST 2010	IST 2017	Veränderung in €	Veränderung in %
KSA	5.190.662	8.225.890	+ 3.035.228	+ 58%
JHA	9.929.756	12.432.728	+ 2.502.972	+ 25%
SFB	15.498.331	16.405.526	+ 907.195	+ 6%
LSV	8.014.416	10.158.651	+ 2.144.235	+ 27%
ULV	3.802.136	4.843.676	+ 1.041.540	+ 27%

Die höchsten Steigerungen gab es im Kreis- und Strategieausschuss (KSA) – ursächlich ist u.a. die Kreisklinik durch zunächst mehrjähriger Korrekturen bezüglich der Abschreibungen sowie die Bezuschussung der Investitionen. Des Weiteren ist die Erhöhung im KSA insbesondere auf die in den letzten Jahren hinzugekommenen Beteiligungsunternehmen des Landkreises wie beispielsweise der Energieagentur gGmbH zurückzuführen. Allgemein ist ebenso eine generelle Erhöhung des Mittelbedarfs der Querschnittsbereiche (Personalservice, IT, Finanzen) festzustellen, was wesentlich durch die Personal- und Organisationsveränderungen der letzten Jahre begründet ist. Im SFB gab es in den letzten Jahren, trotz einer teilweise sehr heterogenen Entwicklung innerhalb der zugeordneten Kostenstellen, die geringste Steigerung im Mittelbedarf!

Die Entwicklung der **Summe der Teilbudgets (Summe der Eckwerte)** stellt sich wie folgt dar:



Die Eckwerte stiegen von 2010 bis 2018 stetig an. Innerhalb eines Zeitraumes von 9 Jahren insgesamt um 12.500.000 €, das sind 29 % in 9 Jahren bzw. **3,22 % pro Jahr im Durchschnitt**. Die IST-Ergebnisse stiegen im gleichen Zeitraum um 9.631.170 € bzw. 22,7 % bzw. **2,8 % pro Jahr im Durchschnitt**.

Das Thema Asyl hat den Kreishaushalt in den letzten Jahren wesentlich beeinflusst. So ist das IST des Jahres 2015 um fast 3,7 Mio. € höher als das IST-Ergebnis ein Jahr später. Grund ist der Prozess der finanziellen Abwicklung zwischen Freistaat und Landkreis. Unter Ausblendung des Jahresergebnisses 2015 beträgt die Steigerung von 2014 auf 2017 knapp 3,6 Mio. € und liegt damit im jährlichen Korridor der Vorjahresentwicklung.

Die Einnahmen aus der **Kreisumlage** stiegen in den letzten 9 Jahren um 31 % (17,6 Mio. €). Die Ausgaben für die **Bezirksumlage** stiegen im gleichen Zeitraum um 41 % (8,9 Mio. €). Weil die Bezirksumlage direkt aus der Kreisumlage weitergeleitet werden muss, blieb unter dem Strich von der Steigerung der Kreisumlage in den letzten 9 Jahren gerade mal ein Betrag in Höhe von 8,6 Mio. € zur eigenen Aufgabenerfüllung zur Verfügung. **Das sind pro Jahr weniger als 1 Mio. € (958.000 €)**.

Die Kreisumlage 2018 liegt um 5 %-Punkte unter der des Jahres 2009. Im Jahr 2009 stand der Landkreis noch auf Platz 14 der Kreisumlagen, 2018 liegt er auf Platz 4 in Oberbayern und damit im unteren Drittel. Der Hebesatz der Kreisumlage wurde 2018 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Punkte reduziert und beträgt 47,0 Punkte.

Eckwerte und Berichtswesen schaffen eine hohe Transparenz, die eine effiziente Bewirtschaftung des Kreishaushalts durch die Verwaltung und hohe Steuerungskompetenz des Kreistages dokumentieren.

### 3. Eckwerteverfahren 2019 – Vorbereitungen der Verwaltung:

Nachfolgend werden die Schritte dargestellt die zum Eckwertevorschlag führen:

- Die Sachgebiete geben zum 31.5. eine Prognose des Jahresergebnisses ab (sog. Zwischenbericht).
- In diesem Zwischenbericht schätzen die Sachgebiete die benötigte Finanzmasse des folgenden Jahres unter Einbeziehung aller Kenntnisse, die sie zu diesem Zeitpunkt, also Anfang Juni haben, ein.
- Das Finanzmanagement und die Finanzmanagerin bewerten die Einschätzungen der Sachgebiete aus der eigenen Erfahrung, also der IST-Entwicklung der Vorjahre, der Treffsicherheit der Prognosen der Vorjahre und aus der Gesamtsituation des Haushalts.
- Daraus entsteht diese Sitzungsvorlage.

Wie in den Vorjahren werden die Sachgebiets- und Abteilungsleitungen für Liegenschaften, Soziales und Jugendamt entsprechend informiert und um Anwesenheit in der Sitzung gebeten.

#### 4. Eckwerte 2019 (Finanzrahmen für die Fachausschüsse):

Zum Begriff des Eckwertes: Der Eckwert gibt jedem Fachausschuss einen Finanzrahmen vor, ihn auszufüllen, obliegt dem Fachausschuss.

##### 4.1. Entwicklung der Umlagekraft (Kreisumlage, Bezirksumlage) – Planungsgrundlagen für 2019

Die Verwaltung hat die Umlagekraft des Landkreises für 2019 vorausberechnet, eine genaue Berechnung wird vom Bayer. Statistischen Landesamt erst im Oktober vorgelegt. Die Genauigkeit dieser Vorausberechnungen lag in den Vorjahren zwischen 1% und 4 % Abweichung.

Entwicklung der Prognosen für die **Kreisumlage**:

	Tatsächlicher Wert eines Punktes	Vorausschätzung der Verwaltung im April	Abweichung Schätzung – tatsächl. Festsetzung
2009	<b>1.102.588</b>	noch nicht erfolgt	
2010	<b>1.226.520</b>	<b>1.216.045</b>	10.473 € bzw. 0,86 %
2011	<b>1.182.075</b>	<b>1.176.437</b>	5.620 € bzw. 0,48 %
2012	<b>1.109.379</b>	<b>1.154.337</b>	44.958 € bzw. 4,05 %
2013	<b>1.216.238</b>	<b>EK + 1 %: 1.194.042</b> <b>EK + 5 %: 1.219.957</b>	genau im geschätzten Korridor
2014	<b>1.326.374</b>	<b>EK + 2 %: 1.282.243</b> <b>EK + 5 %: 1.302.542</b>	23.832 € <b>über</b> dem geschätzten Korridor
2015	<b>1.312.561</b>	<b>EK + 6 %: 1.260.574</b> <b>EK + 8 %: 1.274.236</b>	38.325 € <b>über</b> dem geschätzten Korridor
2016	<b>1.493.757</b>	<b>EK + 2 %: 1.409.578</b> <b>EK + 4 %: 1.425.337</b>	68.420 € <b>über</b> dem geschätzten Korridor
2017	<b>1.577.021</b>	<b>EK + 4 %: 1.557.972</b> <b>EK + 6 %: 1.574.712</b>	2.309 € <b>über</b> dem geschätzten Korridor
2018	<b>1.632.487</b>	<b>EK + 4 %: 1.647.507</b> <b>EK + 5,5 %: 1.660.889</b>	28.402 € <b>unter</b> dem geschätzten Korridor
2019	<b>Wird voraussichtlich im Oktober mitgeteilt</b>	<b>EK + 5 %: 1.743.125</b> <b>EK + 6 %: 1.752.250</b>	

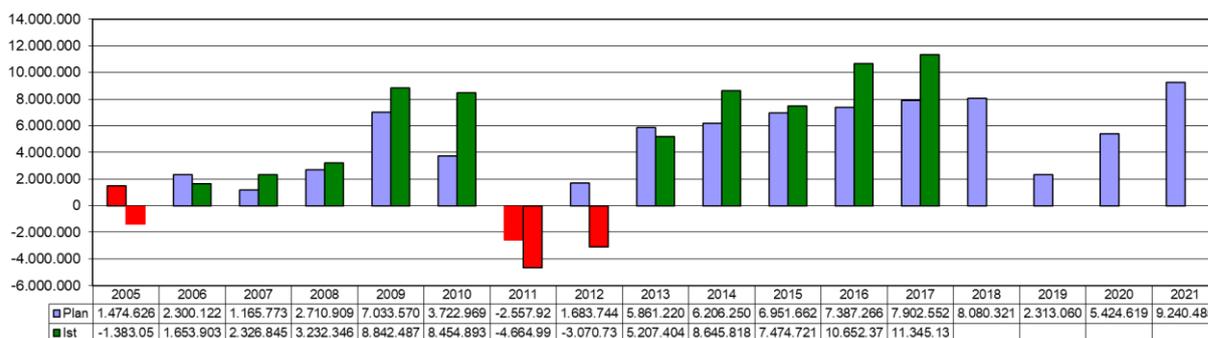
2019 hat das Finanzmanagement (wie im Vorjahr) mit zwei Optionen bei der einzigen „Unbekannten“, der Einkommenssteuer (EK), gerechnet. Auf der Basis von 47,0 Punkten Kreisumlage ist **mit einer höheren Kreisumlage zwischen 5,2 Mio. € und 5,6 Mio. €** zu rechnen.

Zur Entwicklung der **Bezirksumlage** gibt es derzeit keine Informationen, sie ist unsicher. Ein erstes Gespräch mit dem Bezirkstagspräsidenten wurde deswegen vom Juli auf den 05.10.2018 verschoben. Aufgrund von Aufgabenverlagerungen im Bereich der Hilfe zur ambulanten Pflege zum überörtlichen Sozialhilfeträger sowie der allgemein tendenziell steigenden Entwicklung in der Sozialhilfe ist trotz steigender Umlagekraft eine Erhöhung der Bezirksumlage nicht auszuschließen. Für die Eckwertplanung wird aktuell von einem gleichbleibenden Bezirksumlagehebesatz ausgegangen. Wegen des guten Ergebnisses des Kreishaushalts 2016 wurde ein Betrag in Höhe von 3,2 Mio. € zurückgestellt. Bei einem Anstieg der Bezirksumlage können dadurch die Auswirkungen auf die Kreisumlage erträglich gestaltet werden. Ohne Steigerung des Prozentsatzes bei der Bezirksumlage ist allein durch die Umlagekraftsteigerung damit zu rechnen, dass 2019 ein Betrag in Höhe von **2,3 Mio. € bis 2,5 Mio. € zusätzlich** an den Bezirk abzuführen ist.

**Es wird erwartet, dass dem Landkreis auch 2019 wieder mehr Geld zur Verfügung stehen wird. Die Entwicklung der Bezirksumlage spielt eine untergeordnete Rolle, weil 3,2 Mio. € als Korrektiv zur Verfügung stehen.**

Die vorausschauende antizyklische Fiskalpolitik des Kreistages wird in der nachfolgenden Grafik sichtbar. Genau zum Zeitpunkt des Höhepunktes der Finanzkrise des Jahres 2009 (Zeitverzug beim Landkreis bezüglich der Auswirkungen: 2 Jahre) und schlechter Steuereinnahmen der Gemeinden ist der Landkreis in eine Defizitfinanzierung gegangen. Seit 2013 erwirtschaftet er wieder deutliche Ergebnisüberschüsse. Das ist auch notwendig, denn der Landkreis verfügte bis 2016 über keinerlei Rücklagen. Zudem sind angesichts des in den nächsten Jahren anstehenden hohen Investitionsvolumens im Zusammenhang mit der Umsetzung des „Masterplans Schulen“ weiterhin hohe Ergebnisüberschüsse notwendig. 2017 konnte erstmalig ein Betrag in Höhe von 3,2 Mio. € für die drohende Steigerung der Bezirksumlage zurückgestellt werden, welche zum Jahresabschluss 2017 trotz Erhöhung der Bezirksumlage 2018 um 1,5 Punkte nicht aufgelöst wurde. Diese Rückstellung bleibt damit eine Möglichkeit der Ergebnissteuerung künftiger Haushalte.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht dies:

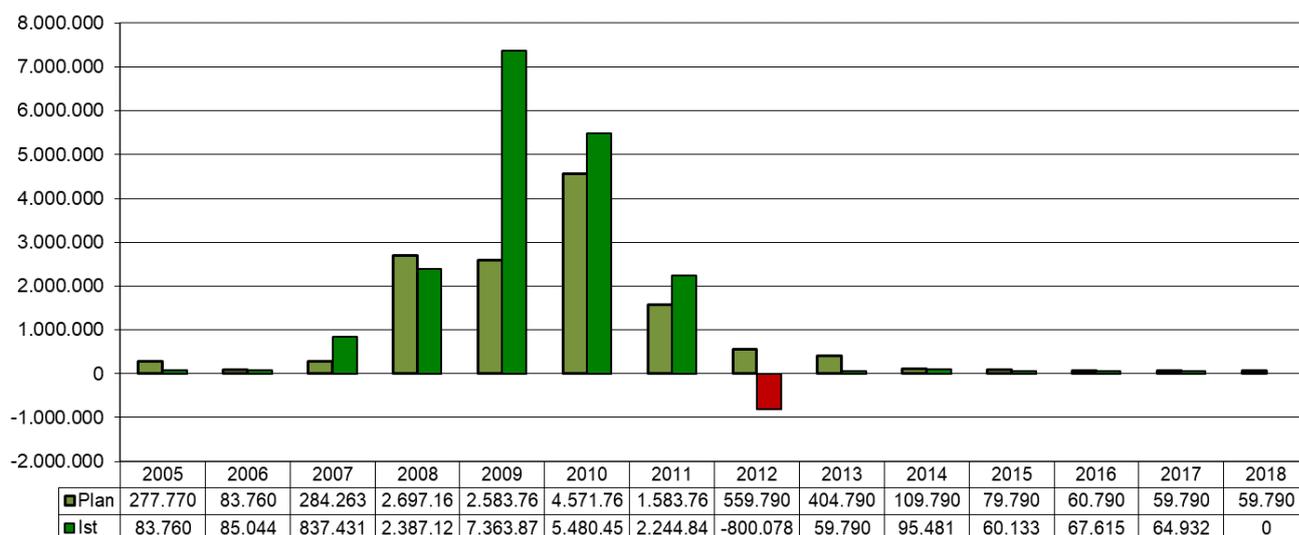


2005, 2011 und 2012 entstanden Jahresdefizite. Seit 2013 wurden wieder durchgängig deutliche Gewinne erwirtschaftet. Im Ergebnis konnten die Kreditaufnahmen hinter den Ermächtigungen zurückbleiben. Die Verschuldung entwickelte sich spürbar abgemildert. Damit wird der **direkte Zusammenhang** zwischen Ergebnisüberschüssen und Verschuldung sichtbar.

**Das Finanzmanagement empfiehlt für 2019 hohe Ergebnisüberschüsse zur Finanzierung der erheblich zunehmenden Investitionstätigkeit, zur Begrenzung der Neuverschuldung und damit zur Sicherstellung der Einhaltung der vom Kreistag beschlossenen Finanzleitlinie. Die derzeit in der Finanzplanung ausgewiesenen Ergebnisüberschüsse zwischen 2,2 Mio. € (2019) und 9,2 Mio. € (2021) sind dafür zu niedrig! Ein Ergebnisüberschuss von 10 Mio. € sollte angestrebt werden.**

#### 4.2. Steuern (Grund-, Gewerbe-, Grunderwerbssteuer) – Planungsgrundlagen für 2019

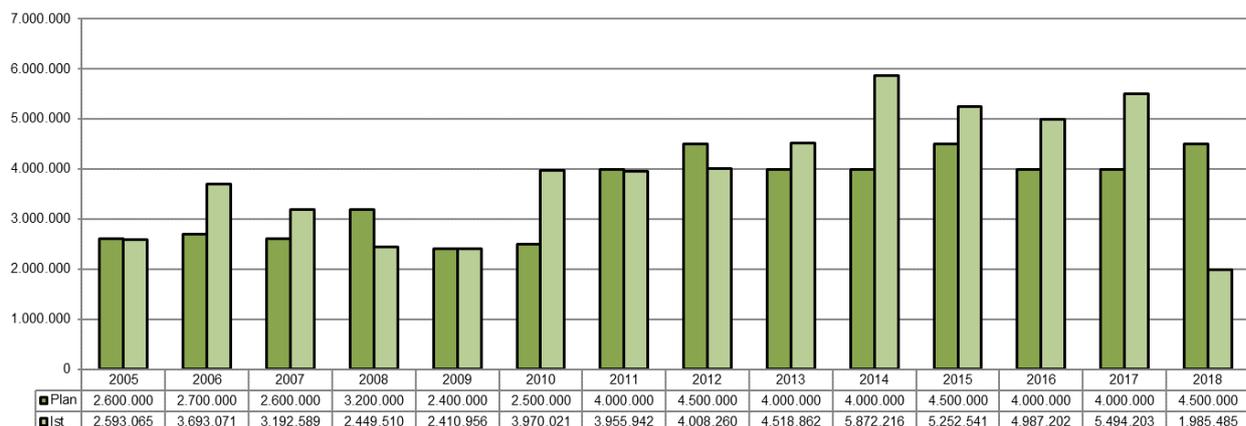
Die **Steuern** (Grund- und Gewerbesteuer) des Landkreises haben sich wie folgt entwickelt:



Hier erkennt man, dass die Steuern in erheblichem Maße für die positiven Überschüsse der Jahre 2009 und 2010 verantwortlich waren. 2012 führte eine Gewerbesteuerrückzahlung dazu, dass das Landkreisergebnis „verhagelt“ wurde. Seit 2013 spielen diese Erträge im Kreishaushalt keine Rolle.

Ausgelöst durch den erheblichen „Medienrummel“ gibt es zahlreiche Anfragen zu weiteren Gewerbeansiedlungen. Die ernsthaften Anfragen werden vom Finanzamt mit einer verbindlichen Auskunft gewürdigt. Dies ist Voraussetzung für weitere Verhandlungen mit dem Landkreis. Somit ist es nicht ausgeschlossen, dass die Gewerbesteuererinnahmen künftig wieder steigen.

Die **Grunderwerbssteuer** hat sich wie folgt entwickelt:



Die Grunderwerbsteuer liegt zum Stand Juni 2018 um 220.000 € **unter** dem gleichen Stand des Vorjahres. Der Planansatz ist gegenüber dem Vorjahr um 500.000 € auf 4,5 Mio € erhöht worden. Wenn sich die Einnahmen aus dem Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer ähnlich wie in den Vorjahren entwickeln, wird der erhöhte Planansatz zum Jahresende übertroffen werden können. Angesichts der stetig steigenden Entwicklung der vergangenen Jahre, kann 2019 von einer Steigerung auf bis zu 5 Mio. € ausgegangen werden.

## 5. Gesamtentwicklung des aktuellen Haushalts 2018

Auf Grundlage der aktuellen Kenntnisse wird für das Teilbudget des **Jugendhilfeausschusses** 2018 eine **Budgetüberschreitung** von bis zu **350.000 €** erwartet, was in erster Linie mit einem höher als geplanten Anstieg der Fallzahlen im Bereich der stationären Hilfe zusammenhängt. Zudem ist die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen stetig sinkend und die Einrichtungen werden kostendeckend an die jungen Volljährigen untervermietet. Eine Reduzierung der Fixkosten ist allerdings nicht so schnell zu realisieren.

Das Teilbudget des **SFB-Ausschusses** wurde im letzten Jahr deutlich unterschritten. Trotz vereinzelt angekündigten Planüberschreitungen, geht die Finanzmanagerin von einer Planeinhaltung für 2018 aus. Asylzuwächse werden nicht angenommen, sodass angesichts der Entspannung der Flüchtlingslage verbunden mit einer eher rückläufigen Zahl an Asylbewerbern im Jobcenter und im Bereich Asyl mit Unterschreitungen zu rechnen ist.

Beim Teilbudget des **LSV-Ausschusses** wird davon ausgegangen, dass eine Planeinhaltung **nicht gelingt**. Vielmehr geht das zuständige Sachgebiet davon aus, dass der Ansatz 2018 voraussichtlich in Höhe der zur Haushaltsplanung 2018 vorgenommenen Pauschalkürzung von **600.000 € überschritten** wird.

Das Teilbudget des **Kreis- und Strategieausschusses** kann nach aktueller Kenntnislage eingehalten werden.

Das Teilbudget des **ULV-Ausschusses** ist noch nicht abschließend ausgewertet.

Trotz der angekündigten Überschreitungen geht die Finanzmanagerin davon aus, dass der geplante Ergebnisüberschuss des Jahres 2018 in Höhe von 8 Mio. € übertroffen wird.

## 6. Zusammenfassung und Abwägung:

Die vorstehenden Ausführungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Kreisumlage	<b>zwischen 5,2 Mio. € und 5,6 Mio. € mehr</b>	Je nach Steigerung der Einkommenssteuer
Bezirksumlage	<b>2,3 Mio. € bis 2,5 Mio. € mehr</b>	Auf der Basis einer unveränderten Bezirksumlage. Sollte die BU erhöht werden, kann die Rücklage bis zu 3,2 Mio. € aufgelöst werden, 2019 stellt die BU deshalb kein Risiko dar!
Steuern	<b>0,5 Mio. € mehr</b>	Wegen der positiven Entwicklung kann der Ansatz 2019 für die Grunderwerbssteuer neuerlich erhöht werden
Schlüsselzuweisungen	<b>unverändert</b>	Ob und wie sich die Schlüsselmasse des Freistaats Bayern verändert ist derzeit noch nicht bekannt

Wegen der steigenden Umlagekraft geht das Finanzmanagement davon aus, dass sich die verfügbare Finanzmasse bei unveränderter Kreisumlage und unveränderter Bezirksumlage **bis zu 3,6 Mio. € steigend** entwickeln wird. Sollte sich die Bezirksumlage erhöhen, kann die Rücklage aufgelöst werden und es entstünden keine Auswirkungen auf die Kreisumlage.

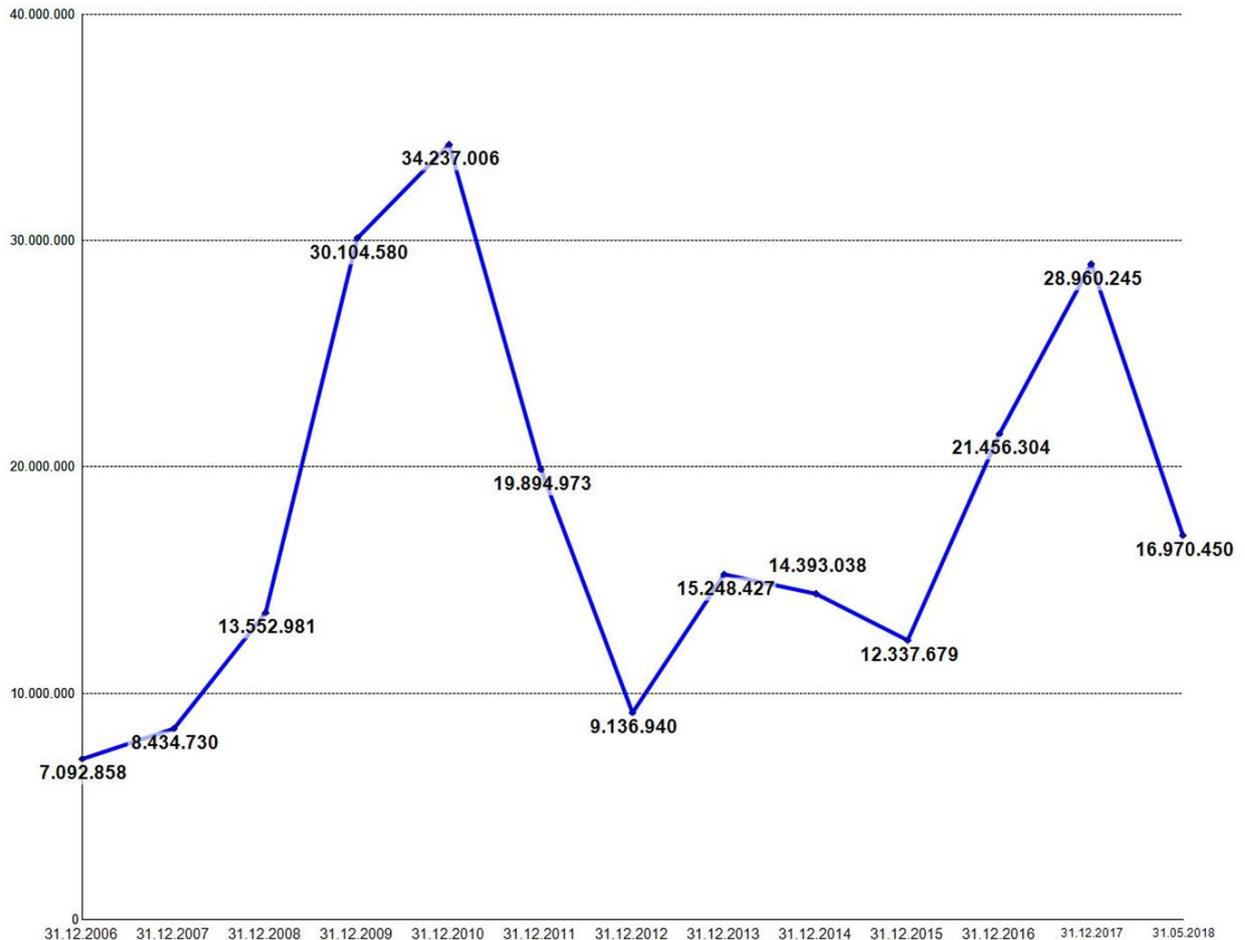
**Im letzten Jahr konnte mehr Stabilität in die Abrechnung und Planung von Asyl gebracht werden, was auch 2019 weiterhin so verfolgt werden soll. Angesichts des hohen Ergebnisüberschusses 2017 sollten die Eckwerte nur maßvoll zur Deckung des notwendigen Bedarfs in einzelnen Teilbudgets angehoben werden. Sie betragen 2018 55,6 Mio. €, das Jahresergebnis 2017 lag bei 52 Mio. €. Unter Berücksichtigung der aufgezeigten IST-Entwicklung der Vorjahre sollte eine Planung 2019 mit moderaten Steigerungen der Eckwerte gelingen.**

Durch die positive Entwicklung bei der Verschuldung läuft der Kreishaushalt 2019 nicht Gefahr die Finanzleitlinie zu verletzen. In der Finanzplanung 2018 wurde für das Jahr 2019 mit **keinen** Kreditneuaufnahmen geplant, so dass die Verschuldung auch im Jahr 2019 nochmals sinken wird, bevor in den Finanzplanungsjahren 2020 und 2021, bedingt durch die hohe Investitionstätigkeit, wieder ein Anstieg der Verschuldung des Landkreises zu erwarten ist. Erst zur Haushaltsplanung 2019 sollte nach Vorliegen der Investitionen entschieden werden, ob vorsorglich dennoch eine Kreditaufnahme ausgewiesen wird, um Sonderkonditionen für Kredite erzielen zu können.

**Das Finanzmanagement empfiehlt einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 10 Mio. €. Nachdem derzeit in der Finanzplanung „nur“ 2,3 Mio. € ausgewiesen sind, sollten die**

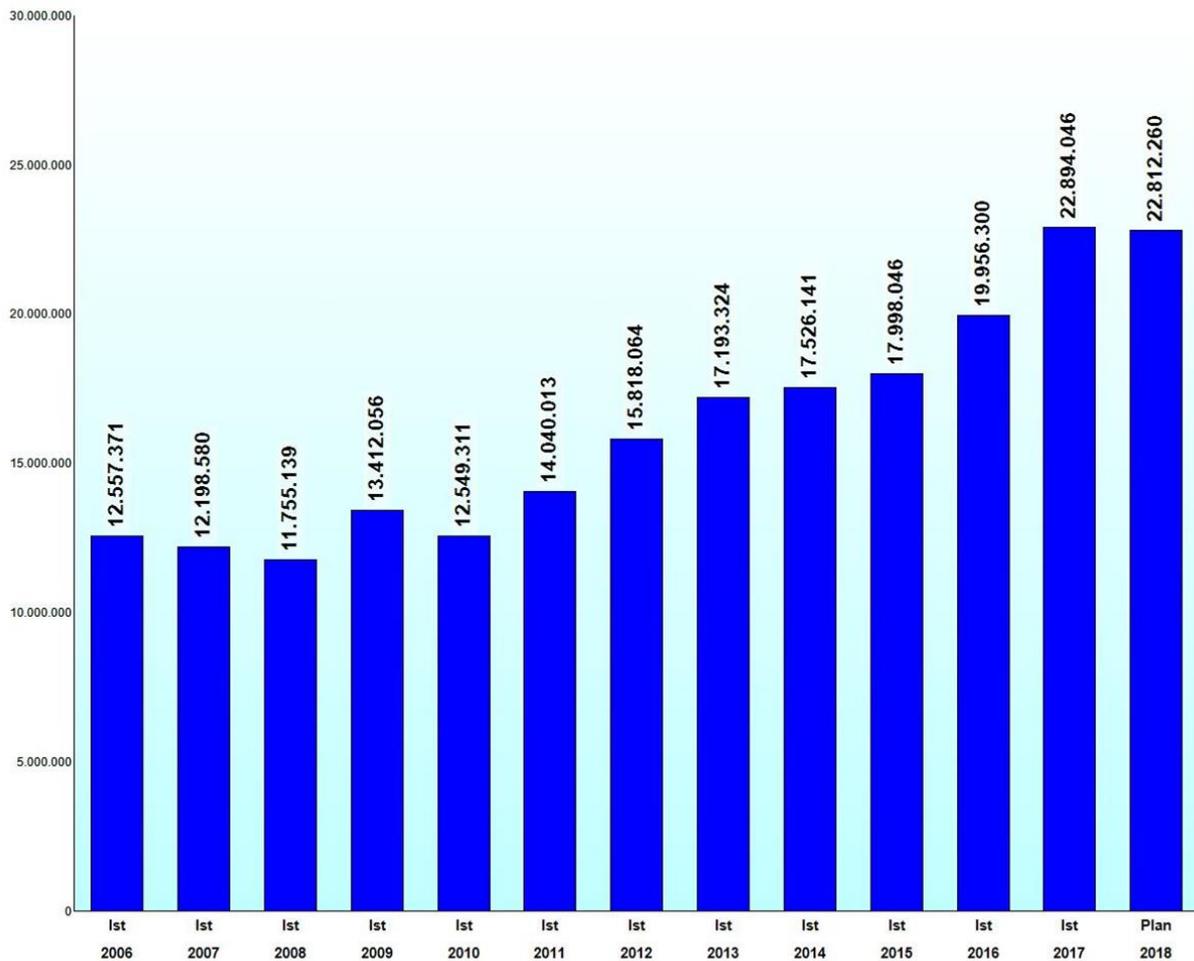
**Umlagekraftsteigerungen in die Erhöhung des Ergebnisüberschusses „investiert“ werden. Eine Erhöhung der Kreisumlage ist selbst dann nicht zu befürchten, wenn die Bezirksumlage erhöht werden sollte. Für dieses Ereignis besteht eine Rückstellung über 3,2 Mio. €.**

Nachfolgend die Entwicklung der **Liquidität**:



Mit dem erheblichen Ergebnisüberschuss in Höhe von 11 Mio. € im Jahr 2017 hat sich die Liquidität des Kreishaushalts spürbar erholt – selbst unter Abzug der Gelder der Kommunalen Abfallwirtschaft stellt sich die liquide Situation des Kreishaushalts außerordentlich erfreulich dar! Der 31.5. ist dabei nur eine Momentaufnahme – am 21.06.2018 beträgt die Liquidität 19.867.886 €.

## 7. Personalkostenentwicklung:



Die Personalaufwendungen wurden 2018 mit rund 22,9 Mio € geplant. Diese Planung wird nach den derzeitigen Hochrechnungen auch unter Berücksichtigung der zu bildenden Rückstellungen und der Tariferhöhung zum 01.03.2018 um 3,19 % nicht erreicht. Nach derzeitiger Hochrechnung rechnen wir für 2018 mit einer **Unterschreitung** des Planansatzes **um 800.000 €**. Der Planansatz ist deshalb so hoch, weil erhebliche Stellenmehrungen berücksichtigt wurden:

Stellenplan 2002		287 Stellen
Stellenplan 2012	+ 7 Stellen	284 Stellen
Stellenplan 2013	+ 5 Stellen	289 Stellen
Stellenplan 2014	+ 2 Stellen	291 Stellen
Stellenplan 2015	+ 11 Stellen (1 Stelle befristet)	301 Stellen
Stellenplan 2016	+ 59 Stellen	360 Stellen
Stellenplan 2017	+ 5 Stellen	365 Stellen
Stellenplan 2018	+ 9 Stellen	374 Stellen
Stellenplan 2019	Verfahrensänderung: Bekannte Anträge der Sachgebiete werden, sobald sie bekannt sind, im Fachausschuss diskutiert. Der KSA berät den Stellenplan am 12.11.2018 und der Kreistag beschließt am 17.12.2018	

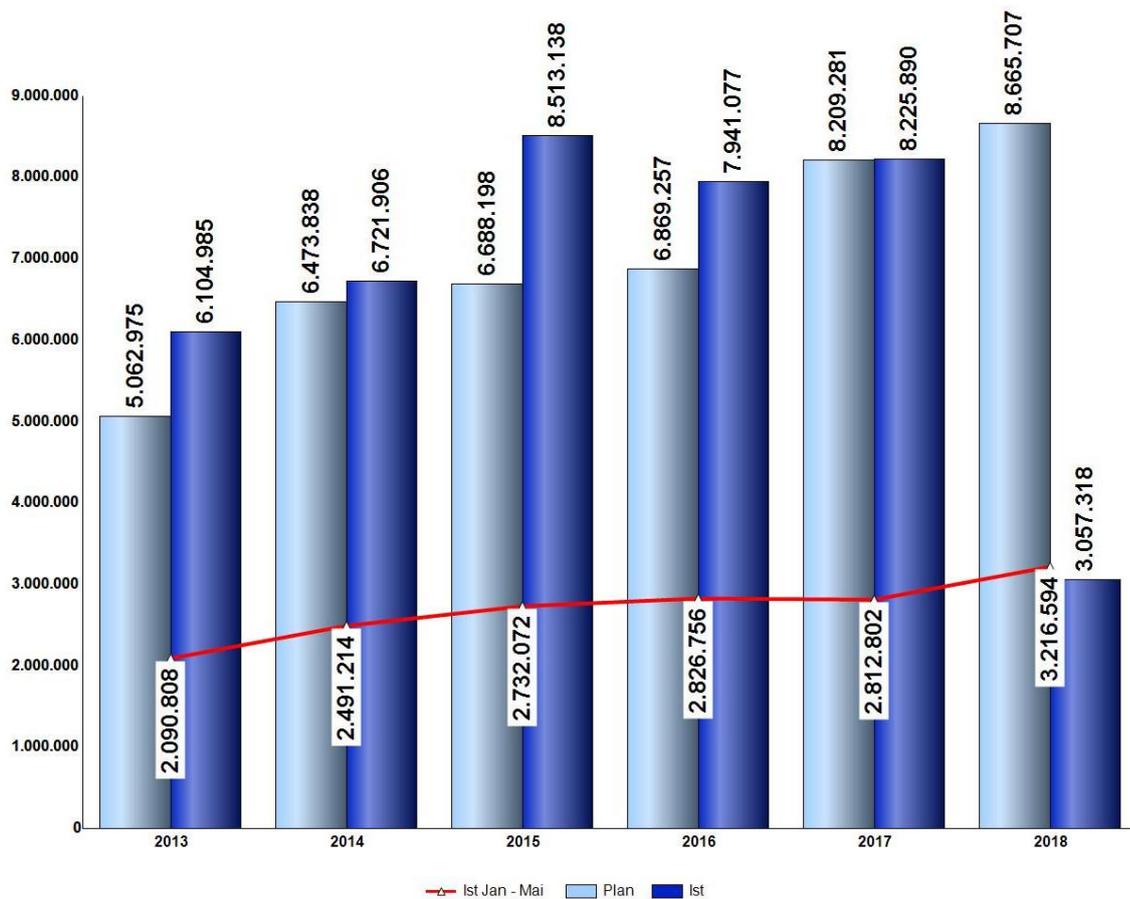
Zusammen mit der einzuplanenden Tarifsteigerung (+ 3,09 % zum 01.04.2019) ist 2019 **ohne Berücksichtigung zusätzlicher Stellenbesetzungen** mit einem **Anstieg der Personalkosten um rund 830.000 € im Vergleich zur derzeitigen Hochrechnung auf 22,01 Mio. €** zu rechnen. Damit verändern sich die Personalkosten im Vergleich Plan 2018 zu Plan 2019 kaum. Bei dieser Prognose sind nur Personalkosten für bereits bekannte und genehmigte Stellen**besetzungen** berücksichtigt, d.h., evtl. Stellen**plan**erhöhungen, die dann auch tatsächlich zu einer Besetzung der Stelle 2019 führen, sind dabei unberücksichtigt.

Es ist derzeit aber **nicht** davon auszugehen, dass der Landkreis 2019 ohne weitere neue Stellen auskommen wird. Durch das hohe Wachstum der letzten Jahre ist die Arbeitsbelastung in den Querschnittssachgebieten stark angestiegen und es kommen neue Aufgabenbereiche dazu, z.B. Grundstücksbeschaffungsstelle, Zentrale Vergabestelle, Informationssicherheitsbeauftragter, Techniker und Hausmeister für das zusätzliche Verwaltungsgebäude und Logistik für die Verwaltung und das Funktionieren von 2 Gebäuden).

**Ob diese zusätzlichen Stellen tatsächlich zu einer weiteren Erhöhung des Stellenplans führen ist derzeit offen – es ist auch möglich, dass die neuen Stellen durch das Streichen von Asylstellen kompensiert werden können. Die Umsetzung der Personalkosten erfolgt innerhalb der einzelnen Eckwerte in denen die Personalkosten enthalten sind. Große Auswirkungen sind nicht zu erwarten.**

#### **8. Eckwert Kreis- und Strategieausschuss (KSA):**

Die Gesamtausgaben des Kreis- und Strategieausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung zeigt folgende Entwicklung:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2011	42,92%	2.050.303	5.401.061	113,06%	-13,06%
2012	47,74%	2.238.619	5.572.801	118,83%	-18,83%
2013	41,30%	2.090.808	6.104.985	120,58%	-20,58%
2014	38,48%	2.491.214	6.721.906	103,83%	-3,83%
2015	40,85%	2.732.072	8.513.138	127,29%	-27,29%
2016	41,15%	2.826.756	7.941.077	115,60%	-15,60%
2017	34,26%	2.812.802	8.225.890	100,22%	-0,22%
2018	37,12%	3.216.594	3.057.318	35,33%	64,67%

Die Mittelausschöpfung zum Zeitpunkt 31.05.2018 liegt mit 37 % leicht über dem Stand zum 31.05. des Vorjahres. Die Planausschöpfung ist deshalb so niedrig, weil im Bereich der Kreisklinik noch keine Abschreibungen gebucht sind. Die Ermittlung der entsprechenden Werte wird durch die Kreisklinik vorgenommen, auf deren Grundlage die Buchungen beim Landkreis erfolgen.

Folgende Veränderungen sind zu berücksichtigen:

Energieagentur Ebersberg-München gGmbH (031):

Die Energieagentur Ebersberg-München gGmbH plant damit, dass sich der Zuschussanteil des Landkreises Ebersberg für das Jahr 2019 um ca. **115.000 € erhöhen** wird. Diese Erhöhung ist in erster Linie auf die steigenden Personalkosten in Folge von Tarifierhöhungen und Stellenzuwachsen zurückzuführen.

Revisionsamt (050):

Das Revisionsamt rechnet mit einem **Mittelmehrbedarf von rund 67.000 €** im Jahr 2019. Ursächlich dafür sind steigende Personalkosten im Zuge einer Arbeitszeiterhöhung für die Jahresabschlussprüfung. In diesem Zusammenhang werden ebenso Aufwendungen für zusätzliche Lizenzen und Schulungskosten der Prüfungssoftware anfallen.

Klimaschutzmanager (097):

Der Mittelbedarf für den Klimaschutzmanager wird gegenüber dem Planansatz 2018 um rund **50.000 € steigen**. Aufgrund der Tatsache, dass die Zuweisung vom Bund für die Anstellung des Klimaschutzmanagers ab dem Jahr 2019 wegfällt, sind die Personalkosten für diesen zukünftig in vollem Umfang vom Landkreis zu tragen. Nach den Beschlüssen der Kreisgremien soll die Stelle des Klimaschutzmanagers unabhängig von einer Förderung weiterhin erhalten bleiben.

Finanzen, Beteiligungen, Kreiskasse (145):

Es wird mit einem **Mehrbedarf** gegenüber der Planung 2018 von **ca. 100.000 €** gerechnet. Der Mehrbedarf entsteht durch eine Personalmehrung für eine Steuerfachkraft (Besetzung für 3. Quartal 2018 geplant), da aufgrund gesetzlicher Anforderungen Steuersachverhalte im kompletten Aufgabenportfolio ermittelt und gewürdigt werden müssen. Zudem wird erwartet, dass die Banken weiterhin Verwahrtgelte erheben werden, welche in der Planung 2018 in diesem Umfang nicht berücksichtigt waren.

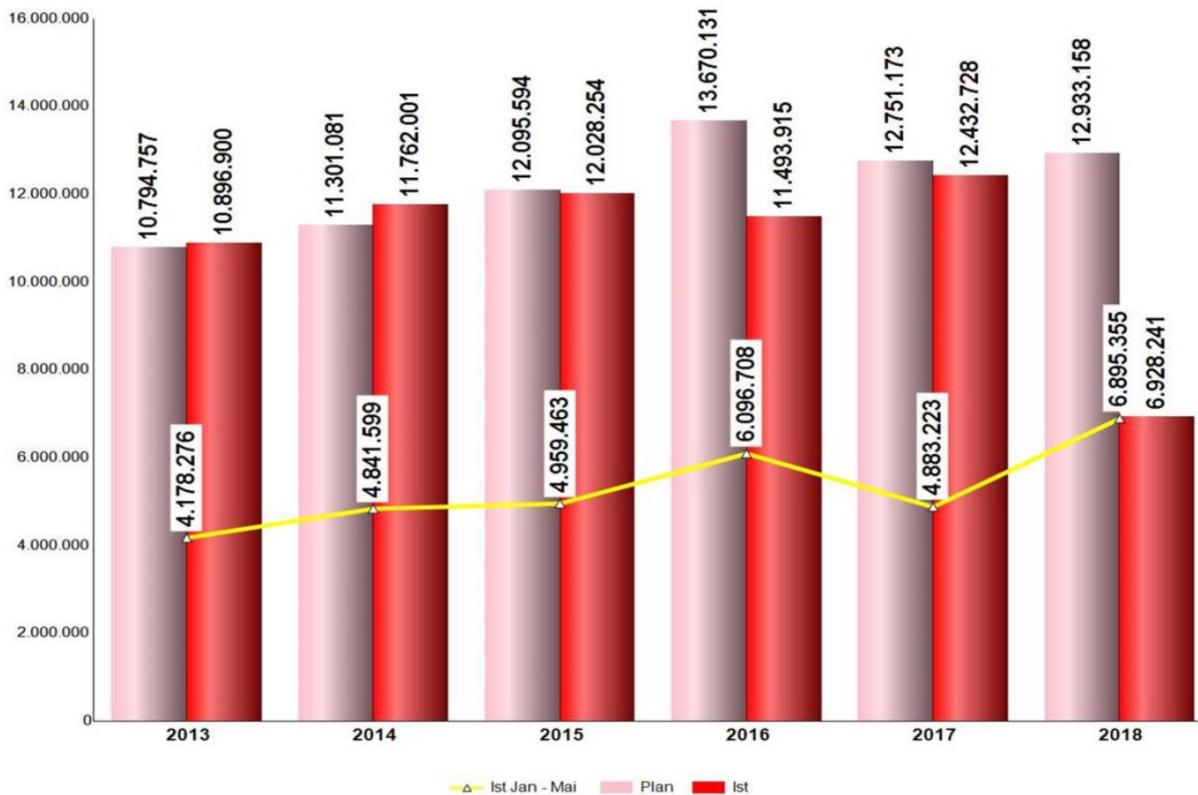
Ausgehend vom Ist 2017 und der Prognose, dass das Budget 2018 eingehalten werden kann, wird eine **Erhöhung** des Teilbudgets des Kreis- und Strategieausschusses **um 300.000 € bzw. 3,8 % gegenüber der Planung 2018** vorgeschlagen.

	IST 2017	Plan 2018	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2019	Eckwertevorschlag Finanzmanagerin	Abweichung zum Plan 2018
KSA	8.209.281	8.665.707	Einige Bereiche gehen von einem leichtem Anstieg wegen Personalkosten aus	8.950.000	<b>+ 284.239</b>

**Steigerung von IST 2017 auf Eckwert 2019 = 9 % und vom Plan 2018 auf Eckwertevorschlag 2019 um 3,3 %.**

## 9. Eckwert Jugendhilfeausschuss (JHA)

Die Gesamtausgaben des Jugendhilfeausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung zeigt folgende Entwicklung:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2011	42,35%	4.195.475	10.578.060	106,77%	-6,77%
2012	41,33%	4.304.841	10.430.677	100,14%	-0,14%
2013	38,71%	4.178.276	10.896.900	100,95%	-0,95%
2014	42,84%	4.841.599	11.762.001	104,08%	-4,08%
2015	41,00%	4.959.463	12.028.254	99,44%	0,56%
2016	44,60%	6.096.708	11.493.915	84,08%	15,92%
2017	38,30%	4.883.223	12.432.728	97,50%	2,50%
2018	53,32%	6.895.355	6.928.241	53,57%	46,43%

Die Planausschöpfung liegt mit 53,32 % zum 31.05.2018 **deutlich über dem Niveau** der letzten Jahre und stellt damit in der Stichtagsbetrachtung den höchsten Ausschöpfungsgrad im Betrachtungszeitraum sowohl prozentual als auch absolut dar.

Folgende Veränderungen sind für das Budget des Jugendhilfeausschusses zu erwarten:

Für die Kostenstelle 230|232 (Jugendamt) ergeben sich Mehrkosten aufgrund von Tarifsteigerungen bei den Personalkosten sowie wegen genereller Steigerungen der Fallkosten. Fallzahlentwicklungen können zum jetzigen Zeitpunkt für 2019 nicht vorhergesehen werden, daher wurde ein gleichbleibender Level wie 2018 angenommen. Des Weiteren wird mit einer

Steigerung für JAS/SAS gerechnet, da eine Evaluierung einen Mehrbedarf aufgrund gestiegener Schülerzahlen ausweist (+ 50.000 €). Eine Entscheidung, ob diese freiwillige Leistung weiter ausgeweitet wird, muss letztlich vom Kreistag getroffen werden. Im Übrigen beabsichtigt die Jugendamtsleitung eine Halbtagskraft zur Sicherstellung der Datenqualität und Unterstützung in der Erstellung von EDV-Abfragen von OK Jug Daten (+ 30.000 €) für den Stellenplan 2019 zu beantragen.

Für die Kostenstelle 233 (umA) wird für 2019 davon ausgegangen, dass die verbleibenden drei Einrichtungen ausreichend besetzt bleiben. Sobald sich anderweitige Entwicklungen abzeichnen, werden diese im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das folgende Jahr berücksichtigt.

Für die Kostenstelle 600 (Abteilung Jugend, Familie und Demografie) ergeben sich keine Änderungen außer Tarifsteigerungen bei den Personalkosten.

Für die KST 231 (Kreisjugendring) ist von einem geringfügigen Mehrbedarf aufgrund der Tarifsteigerungen auszugehen.

Die aktuellen Planungen und Prognosen lassen aus Sicht des Jugendamtes ein Ansteigen des Bedarfs für 2019 in Höhe von **mehr als 800.000 €** gegenüber der derzeitigen Planung 2018 erwarten, das entspricht einen Anstieg um 7 %.

#### **Empfehlung der Finanzmanagerin:**

Die Finanzmanagerin schlägt vor den Eckwert des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2019 **um 600.000 €** auf 13,4 Mio. € zu erhöhen. Die Abweichung vom Eckwertevorschlag des Jugendamtes begründet sich durch den Blick auf die tatsächliche Entwicklung des Jahresergebnisses im Jahr 2017.

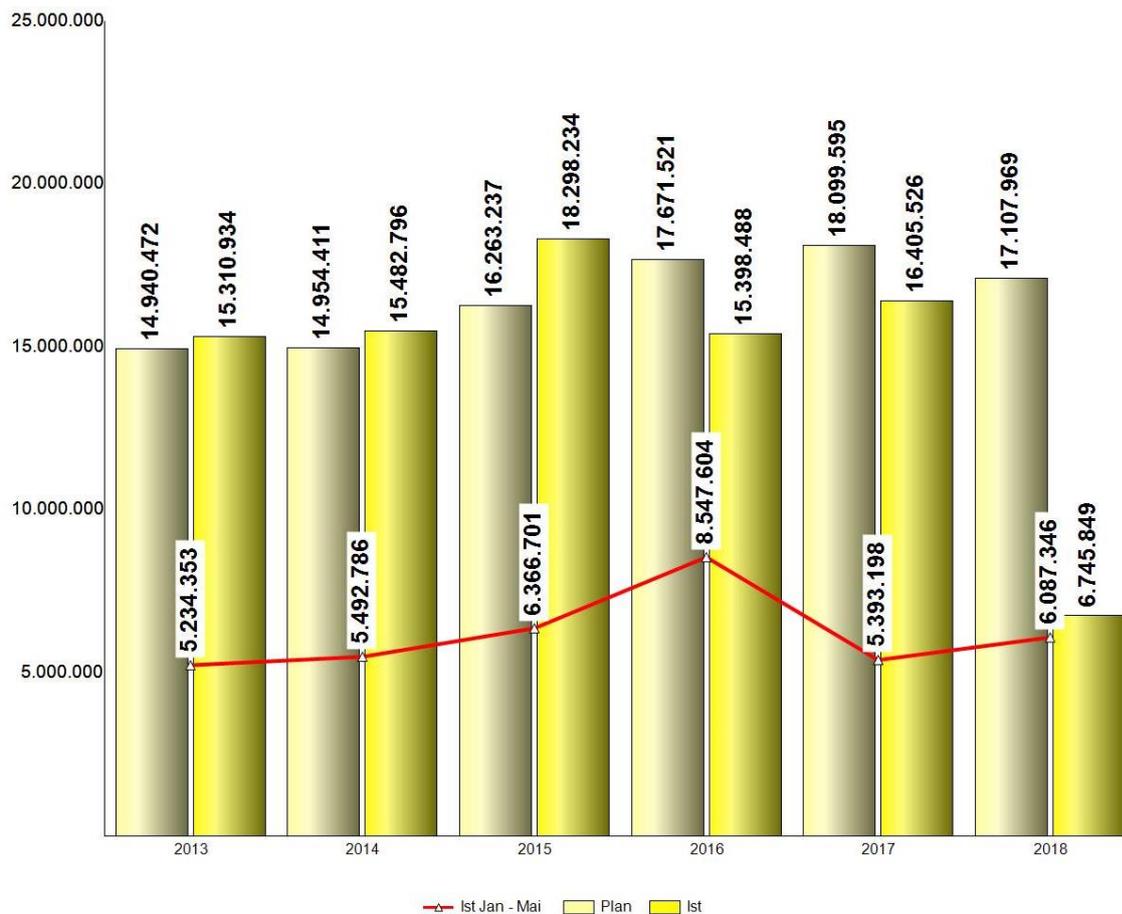
Geplant war im Jahr 2017 insgesamt ein Ansatz von 12,7 Mio. €. Das tatsächliche Ergebnis lag bei 12,4 Mio. € und damit um rund 300.000 € bzw. 2,5 % unter dem Planansatz.

	<b>IST 2017</b>	<b>Plan 2018</b>	<b>Eckwertevorschlag Jugendamt 2019</b>	<b>Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ 2019</b>	<b>Abweichung zum Plan 2018</b>
<b>JHA</b>	<b>12.432.728</b>	<b>12.933.158</b>	<b>13.800.000</b>	<b>13.400.000</b>	<b>466.842</b>

**Steigerung von IST 2017 auf Eckwert 2019 = 7,8 % und vom Plan 2018 auf Eckwertevorschlag 2019 um 3,6 %.**

#### **10. Eckwert SFB-Ausschuss**

Die Gesamtausgaben des SFB-Ausschusses (Fachbereiche 040 und Schulen 045) stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung zeigt folgende Entwicklung:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2011	32,00%	4.950.651	15.068.353	97,39%	2,61%
2012	35,50%	4.990.858	14.624.933	104,01%	-4,01%
2013	35,04%	5.234.353	15.310.934	102,48%	-2,48%
2014	36,73%	5.492.786	15.482.796	103,53%	-3,53%
2015	39,15%	6.366.701	18.298.234	112,51%	-12,51%
2016	48,37%	8.547.604	15.398.488	87,14%	12,86%
2017	29,80%	5.393.198	16.405.526	90,66%	9,34%
2018	35,58%	6.087.346	6.745.849	40,16%	59,84%

Die Planausschöpfung liegt zum 31.05. mit einem Stand von 35,6 % über dem Ausschöpfungsgrad des Vorjahres.

Folgende Budgetveränderungen werden im SFB-Ausschuss 2019 erwartet:

### Bildung und IT (110):

Es wird bei der Kostenstelle ein **Mittelmehrbedarf** gegenüber dem Jahr 2018 von **70.000 €** erwartet. Es ist angedacht 2019 wieder einen „Tag der offenen Tür“ durchzuführen, damit den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit gegeben wird, das neue Gebäude des Landratsamtes kennenzulernen.

### **Sport und Gastschüler (114):**

Insbesondere im Bereich der Gastschüler wird mit einer **Bedarfserhöhung** für 2019 gegenüber der Planung 2018 um rund **450.000 €** gerechnet. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass die im Jahr 2018 zur Annäherung an den Eckwert vorgenommene Pauschalkürzung nicht erreicht werden kann. Es wird daher davon ausgegangen, dass sich der Mittelbedarf auch im Jahr 2019 auf dem Niveau der Vorjahre bewegen wird.

### **Medienzentrum (116):**

Im Medienzentrum rechnet man mit einer **Mittelbedarfsminderung um 20.000 €**. Aktuell steht noch nicht fest, in welcher Form das Medienzentrum zukünftig weiterbetrieben wird. Die Verleihzahlen der Medien sind insgesamt deutlich rückläufig. Durch entsprechende Umorganisationsmaßnahmen werden Einsparungen erwartet.

### **Ausländer- und Personenstandswesen (310):**

Das Ausländeramt meldet einen **Mittelmehrbedarf** für 2019 von **15.000 €** an. Die Fallzahlen werden weiterhin steigen und dementsprechend auch für die Kosten für die Ausstellung von elektronischen Aufenthaltstiteln höhere Kosten anfallen. Zudem wird aufgrund der vielen neuen Personalzugänge ein erhöhter Schulungsbedarf erwartet.

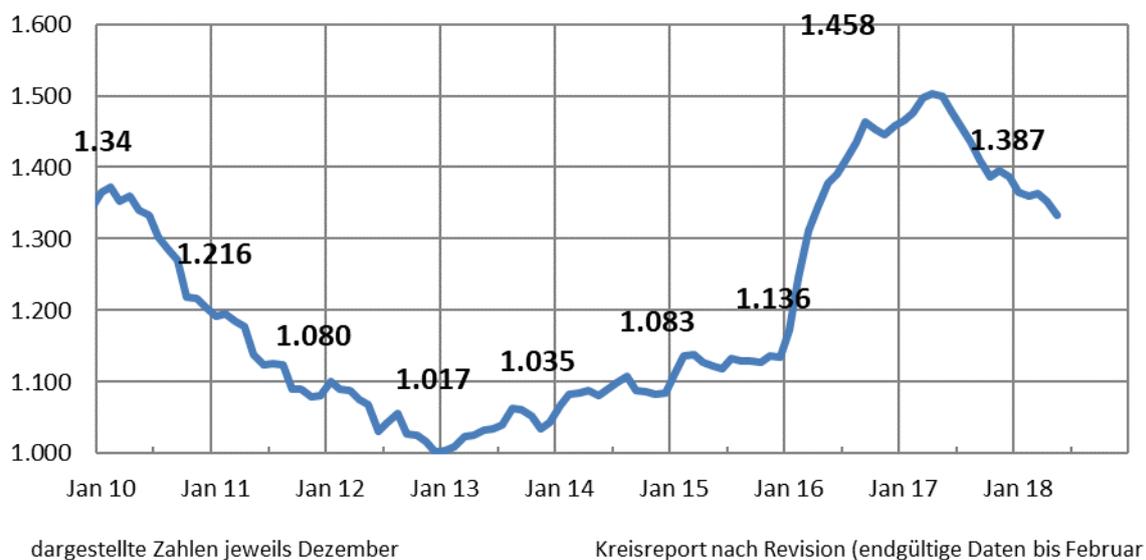
### **Soziale Fachstellen (203):**

Für die Kostenstelle Soziale Fachstellen wird basierend auf dem derzeitigen Kenntnisstand für 2019 von einer **Kostensteigerung von rund 35.000 €** bei einem unveränderten Personalstand ausgegangen. Diese Erhöhung geht hauptsächlich auf den Start von sechs neuen Projekten (+ 28.500 €) sowie dem Wegfall der Förderung der Integrationsbeauftragten für das zweite Halbjahr 2019 (+ 12.000 €) zurück.

### **Jobcenter Ebersberg (250):**

Der kräftige Anstieg der Bedarfsgemeinschaften (BG) im Jahr 2016 (bedingt durch den Zuwachs an Menschen mit Fluchthintergrund) bis auf 1.503 BG's im April 2017, hat sich seitdem abgeschwächt und vorsichtig umgedreht. Die vorläufige Zahl an BG's betrug zum Mai 1.333. Damit liegt der Wert um 117 Bedarfsgemeinschaften niedriger als der Durchschnitt des Jahres 2017.

## Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften (BG)



Die der Planung 2018 zugrunde gelegten 1.550 Bedarfsgemeinschaften (BG) stellen sich aus heutiger Sicht als zu hoch dar. Ursächlich dafür war u.a., dass keine weiteren Flüchtlinge mehr zugewiesen wurden und gleichzeitig eine hohe Anzahl von Integrationen gelang.

Unter der Annahme der avisierten Kontingentflüchtlinge geht das Jobcenter bei sonstigen gleichbleibenden Bedingungen von einer Hochrechnung von 1.380 BG's aus im Jahr 2018 aus.

### Kosten der Unterkunft:

Der Landkreis Ebersberg wendete 2017 8 Mio. € für Unterkunftskosten der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II auf. Dies ist mit Abstand das teuerste Produkt im Kreishaushalt.

Tabellarisch entwickelten sich die Kosten der Unterkunft (KdU) wie folgt:

	KdU absolut	KdU pro Bedarfsgemeinschaft (BG)	Veränderung in %
01-05/2012	2.092.568,94	386,00	
01-05/2013	2.106.566,00	413,55	7,1%
01-05/2014	2.294.905,38	424,78	2,7%
01-05/2015	2.395.391,21	424,80	0,0%
01-05/2016	2.518.121,03	390,92	-8,0%
01-05/2017	2.813.138,35	377,96	-3,3%

01-05/2018	3.102.679,43	458,02	21,2%
------------	--------------	--------	-------

Die Entwicklung der monatlichen KdU-Zahlungen pro BG war aufgrund der fehlenden Abrechnung der Fehlbeleger im Jahr 2016 rückläufig. Die Entwicklung der monatlichen KdU-Zahlungen pro BG war dann wegen der Abrechnung der Fehlbeleger seit Mai 2017 ansteigend. Das Gerichtsurteil vom 18.05.2018, wonach die Abrechnungen der Regierung von Unterfranken als zu hoch verurteilt wurden, wird sich zunächst rückläufig auf die KdU pro BG auswirken.

Unterstellt man die für 2018 prognostizierten 1.380 BG's mit monatlichen 442,00 € Kosten der Unterkunft (KdU) pro BG, so ergibt sich eine KdU-Prognose von 7.321.000 € für 2019.

Insofern die derzeitige Entwicklung weiterhin anhält und die Annahmen hinsichtlich der Rahmenbedingungen eintreten, rechnet das Jobcenter damit, dass sich die Erträge um 190.000 € und die Sach- und Produktkosten sich ebenfalls um 439.000 € gegenüber der Planung 2018 reduzieren werden.

Gegenüber dem Planansatz 2018 wird in der Nettobetrachtung damit eine **Reduzierung des Mittelbedarfes** beim Jobcenter um **394.000 €** erwartet.

#### **Bundesteilhabegesetz – 5 Milliarden Kommunalentlastung:**

Ab 2018 entlastet der Bund die Kommunen um 5 Milliarden €. Die Verteilung erfolgt über eine höhere Beteiligung des Bundes an der KdU und über eine Erhöhung der gemeindlichen Umsatzsteuerbeteiligung. Dies wirkt sich wie folgt aus:

	Entlastung 2017	Entlastung 2018	Entlastung 2019
Landkreis	388.735	415.735	526.479
<b>Gemeinden</b>	<b>1.388.151</b>	<b>2.554.197</b>	<b>2.418.080</b>

Der Bezirk, der die Aufwendungen der Eingliederungshilfe in vollem Umfang trägt, wird nicht entlastet. In der Folge werden dort die Kosten steigen. Dieser Mehrbedarf wird von den Landkreisen über die Bezirksumlage zu finanzieren sein. Für 2019 wurde aber wegen der steigenden Umlagekraft noch keine Erhöhung der Bezirksumlage eingerechnet. Die Entlastung der Gemeinden macht etwa 1,5 KU-Punkte aus. Die Belastungen aus der Steigerung der Kosten der Eingliederungshilfe trägt derzeit allein der Landkreis – er hat bisher die Bezirksumlagensteigerungen nicht an die Gemeinden durchgereicht!

#### **Realschule Vaterstetten (ZV, Umlageanteil LK) (835):**

Nach bisherigen Berechnungen wird sich der Anteil der allgemeinen Zweckverbandsumlage 2019 für den Landkreis Ebersberg erhöhen. Es werden **Mehrkosten in Höhe von rund 185.000 €** gegenüber dem Planansatz 2018 prognostiziert.

#### **Schulen:**

Im Bereich der Schulen wird insgesamt mit einem **unveränderten Mittelbedarf** für 2019 gerechnet. Bei den Schulkostenstellen der kreiseigenen Realschulen, Gymnasien und Sonderpädagogischen Förderzentren wird es grundsätzlich zu geringen Bedarfserhöhungen kommen. Diese Bedarfserhöhung begründet sich u.a. durch die erforderlichen Neuausschreibungen der JAS und SAS, wobei allgemeine Preissteigerungen berücksichtigt sind. Zudem erhöht sich der Bedarf durch die Erhöhung der Wertgrenzen für Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG), welche insbesondere bei den Schulen im Zuge von Ersatzinvestitionen für Stühle und Tische eine hohe Relevanz haben, da diese nicht mehr investiv zu behandeln sind.

Diese prognostizierten Bedarfserhöhungen können aber durch wesentliche Reduzierungen (- 94.000 €) bei der Kostenstelle 895 Berufsschule/Berufsintegrationsklassen gedeckt werden. Die Einsparungen sind auf die Reduzierung der Berufsintegrationsvorklassen (BIK/V) von 6 Klassen im Schuljahr 2017/18 auf 1 Klasse im Schuljahr 2018/19 sowie einer Verringerung der Berufsintegrationsklassen (BIK) von 7 im Schuljahr 2017/18 auf nunmehr 4 Klassen im Schuljahr 2018/19 zurückzuführen.

Die Auswertung der Zwischenberichte der Sachgebiete ergeben zusammenfassend einen **Mittelmehrbedarf für den Eckwert 2019 von rund 330.000 €.**

#### **Empfehlung Finanzmanagerin:**

Das IST-Ergebnis 2017 liegt mit 16.405.526 € um rund 700.000 € unter der Planung 2018. Zudem wurde der Planansatz 2017 um 1,69 Mio. € unterschritten. Die Entwicklung des Jahres 2018 ist positiv.

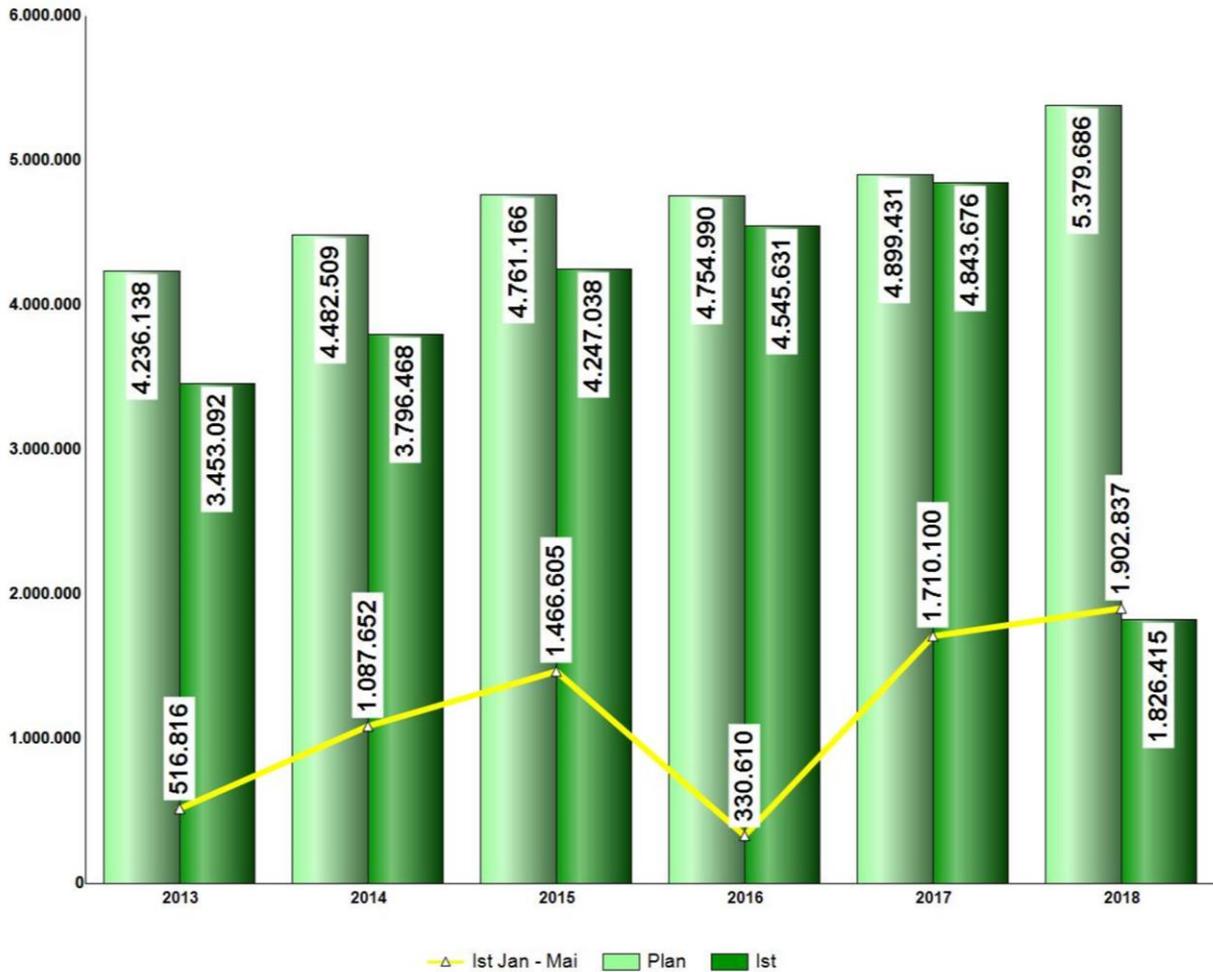
Die Finanzmanagerin folgt den Eckwertevorschlägen der Sachgebiete daher nur bedingt und schlägt einen nur moderat gegenüber der Planung 2018 erhöhten Eckwert vor. Die Steigerung sollte auf knapp 100.000 € (+ 0,5 %) begrenzt werden.

	<b>IST 2017</b>	<b>Plan 2018</b>	<b>Eckwertevorschlag Sachgebiete 2019</b>	<b>Eckwertevorschlag Finanzmanagerin 2019</b>	<b>Abweichung zum Planansatz 2018</b>
<b>SFB</b>	<b>16.405.526</b>	<b>17.107.969</b>	<b>17.450.000 zuzüglich allg. kleinere Steigerungen</b>	<b>17.200.000</b>	<b>+ 92.031</b>

**Steigerung von IST 2017 auf Eckwert 2019 = 4,8 % und vom Plan 2018 auf Eckwertevorschlag 2019 um 0,5 %.**

#### **11. Eckwert ULV-Ausschuss**

Die Gesamtausgaben des ULV-Ausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung der vier Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2011	38,49%	1.644.470	4.793.876	112,22%	-12,22%
2012	29,81%	1.211.382	4.524.151	111,33%	-11,33%
2013	12,20%	516.816	3.453.092	81,52%	18,49%
2014	24,26%	1.087.652	3.796.468	84,70%	15,31%
2015	30,80%	1.466.605	4.247.038	89,20%	10,80%
2016	6,95%	330.610	4.545.631	95,60%	4,40%
2017	34,90%	1.710.100	4.843.676	98,86%	1,14%
2018	35,37%	1.902.837	1.826.415	33,96%	66,04%

Der Ausschöpfungsgrad liegt mit rund 35 % zum Stand 31.05.2018 auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr und stellt damit einen der höchsten Ausschöpfungsgrade der letzten Jahre dar.

Folgende Veränderungen sind im Teilbudget zu beobachten:

**Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement (WR) (080):**

Bei der Kostenstelle wird ein **Mehrbedarf von 18.500 €** erwartet. Dieser Mehrbedarf ist im Wesentlichen durch die Umsetzung der ersten Projekte im Aktionsprogramm 2030 (Agora, Bewusstseinsbildung um Wert von Lebensmitteln, Marketing-Verbund für alle Kulturangebote sowie für Digitalisierung). Budgetminderung durch nicht mehr anfallende Aufwendungen z.B. für den Freizeitführer, die Regionalkonferenz oder ein Elektromobilitätsgutachten können die Mehraufwendungen gegenüber dem Plan 2018 nicht im vollen Umfang kompensieren.

**ÖPNV / Fernradwege (112):**

Das Budget für den ÖPNV ist wesentlich vom Fahrplan abhängig, der jedes Jahr im ULV-Ausschuss beschlossen wird. Zudem ist die Kalkulation des MVV zu berücksichtigen, welche ausschlaggebend für die Abschlagszahlungen ist. Da im Jahr 2019 verschiedene Projekt und Maßnahmen seitens des MVV geplant sind, auf die der Landkreis nur wenig Einflussmöglichkeiten hat, wird mit einer **Bedarfssteigerung in Höhe von 150.000 €** gerechnet. Die zu erwartenden Erträge orientieren sich an dem rechnerischen Durchschnitt der Einnahmen in den letzten 5 Jahren.

**Öffentliche Sicherheit, Gemeinden (330):**

Bei der Kostenstelle 330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden wird sich im Jahr 2019 voraussichtlich ein **Mehrbedarf von rund 60.000 €** ergeben. Dies ist auf die im Stellenplan 2018 bereits genehmigte zusätzliche Stelle im Sicherheits- und Gewerbebereich sowie die Teilzeitstelle im Kommunalrecht zurückzuführen. Die Besetzung der Stellen ist für Mitte des Jahres 2018 geplant.

**Veterinäramt, gesundheitlicher Verbraucherschutz (340):**

Die Kostenstelle prognostiziert einen **Mehrbedarf von rund 30.000 €** für eine zusätzliche Verwaltungskraft. Aufgrund personeller Engpässe war es erforderlich eine zusätzliche Verwaltungskraft ab dem 01.06.2018 befristet für ein Jahr einzustellen. Die Personalkosten konnten nicht im Plan 2018 berücksichtigt werden, da sich der Bedarf erst im Laufe des Jahres abzeichnete.

**Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterausschuss (410):**

Das zuständige Sachgebiet rechnet mit einem **Mittelmehrbedarf** für 2019 von rund **32.000 €**. Neben einer geringen Erhöhung der Sachkosten, ergibt sich die Steigerung in erster Linie im Personalbereich. Hier ist geplant aufgrund der stetig steigenden Anforderungen in der Wohnungsbauförderung ab Mitte 2019 eine zusätzliche Teilzeitstelle zu besetzen. Die Beantragung der Stelle wird voraussichtlich mit dem Stellenplan 2019 erfolgen.

**Bauamt (420):**

Der Mittelbedarf wird für 2019 um **ca. 80.000 €** gegenüber der Planung 2018 **ansteigen**. Auch wenn sich im laufenden Haushaltsjahr 2018 trotz guter Baukonjunktur im Wirtschaftsraum München geringere als ursprünglich geplante Erlöse abzeichnen, wird für 2019 im Hinblick auf die von der Bauwirtschaft erwartete anhaltend gute Baukonjunktur bei den Erlösen das Niveau des Vorjahres angesetzt. Allerdings wird bei den Personalkosten die bereits mit der Planung 2018 genehmigte Personalmehrung von einer Stelle sowie voraussichtlich die

von Herrn Ministerpräsident Dr. Söder angekündigte Stellenmehrung für die Bauämter Auswirkungen auf das Budget des Bauamtes haben.

**Naturschutz, Landschaftspflege (450):**

Die untere Naturschutzbehörde meldet für das Haushaltsjahr 2019 einen **Mehrbedarf in Höhe von 227.500 €**. In Folge der Umsetzung von zwingenden rechtlichen Vorgaben zur Thematik Kommunalwald wird sich der Bedarf u.a. für die jährliche Ausführung, Gutachten usw. um insgesamt 39.000 € erhöhen. Zudem wird mit einem Mehrbedarf von rund 130.000 € für einen naturschutzfachlichen Untersuchungsauftrag (Kartierung usw.) zu Windkraftanlagen im LSG Ebersberger Forst, was vom ULV-Ausschuss in seiner Sitzung am 03.05.2018 beschlossen wurde anfallen.

Die Forderungen der Sachgebiete belaufen sich damit auf einen **Mehrbedarf von 600.000 €**.

**Empfehlung Finanzmanagerin:**

Angesichts der deutlichen Planunterschreitung im Vorjahr und des gewohnt heterogenen Mittelabflusses im Teilbudget wird vorgeschlagen, den Eckwert auf eine Steigerung um rund 400.000 € gegenüber der Planung 2018 zu begrenzen, das sind 6 %.

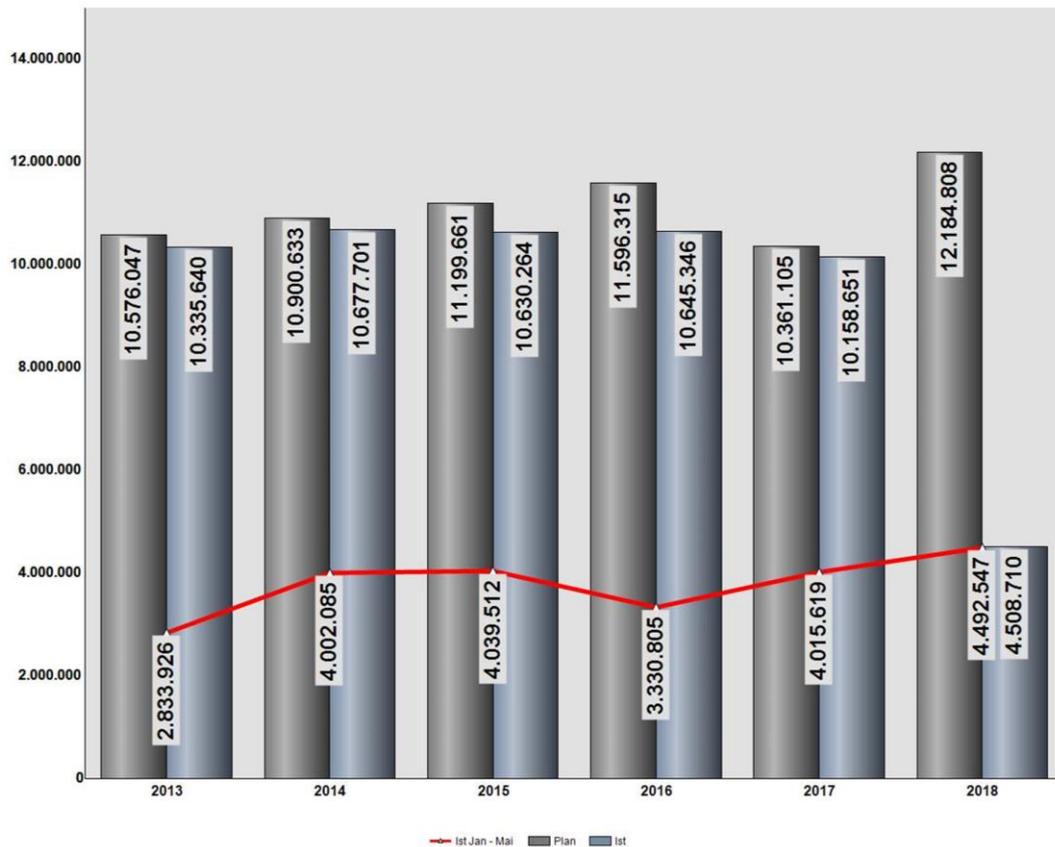
Zusammenfassung Teilbudget ULV:

	IST 2017	Plan 2018	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2019	Eckwertevorschlag Finanzmanagerin 2019	Abweichung zum Plan 2018
ULV	4.843.676	5.379.686	6.000.000	5.700.000	+ 320.314

**Steigerung von IST 2017 auf Eckwert 2019 = 17,7 % und vom Plan 2018 auf Eckwertevorschlag 2019 um 5,9 %.**

**12. Eckwert LSV-Ausschuss**

Die Gesamtausgaben des LSV-Ausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2011	31,44%	3.020.007	9.694.895	100,93%	-0,93%
2012	31,09%	3.135.384	9.889.664	98,05%	1,95%
2013	26,80%	2.833.926	10.335.640	97,73%	2,27%
2014	36,71%	4.002.085	10.677.701	97,95%	2,05%
2015	36,07%	4.039.512	10.630.264	94,92%	5,08%
2016	28,72%	3.330.805	10.645.346	91,80%	8,20%
2017	38,76%	4.015.619	10.158.651	98,05%	1,95%
2018	36,87%	4.492.547	4.508.710	37,22%	62,78%

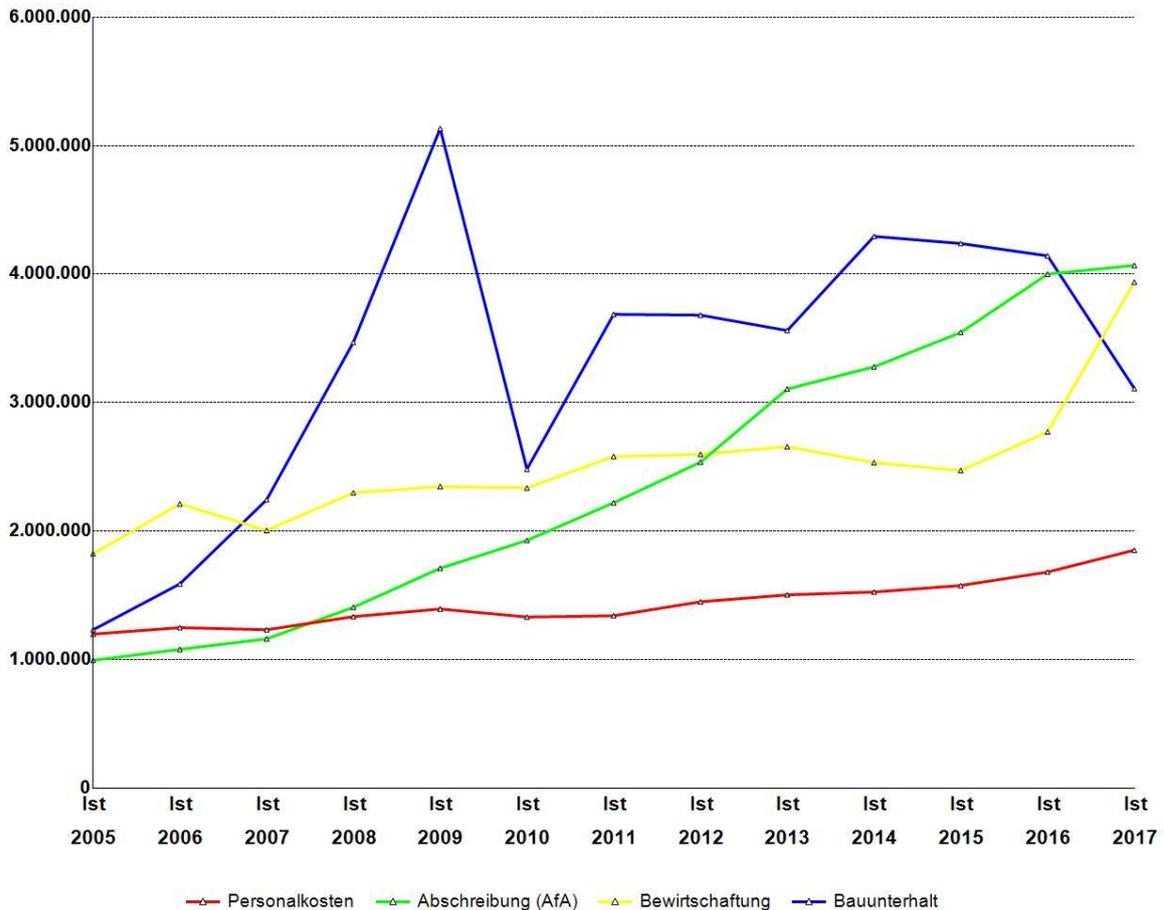
Die Planausschöpfung zum 31.05.2018 lag mit rund 37 % auf einem ähnlichen Niveau wie auch in den Vorjahren. Angesichts des deutlichen gestiegenen Planansatzes für das Jahr 2018 liegt die Mittelausschöpfung absolut um fast 500.000 € über dem Wert des Vorjahres zum 31.05.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse der Jahre 2016 und 2017 durch Sondereffekte aus den Einnahmen der Vermietung von Turnhallen der kreiseigenen Schulen an den Freistaat Bayern zur Unterbringung von Asylbewerbern sowie Erträgen aus der Veräußerung von Landkreisgrundstücken deutlich positiv beeinflusst wurden.

Hinsichtlich der dem Brand- und Katastrophenschutz (Kst. 331) sowie der Brandschutzdienststelle (332) geht man im Jahr 2019 gegenüber der Planung 2018 von einem unveränderten Mittelbedarf aus.

### Liegenschaftsamt (941 bis 999):

Die nachfolgende Grafik zeigt die großen Aufwandsarten im Überblick:



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Ist	Plan	Ist											
Personalkosten	1.197.406	1.247.879	1.231.585	1.333.461	1.392.993	1.330.433	1.340.370	1.448.899	1.502.766	1.525.315	1.575.640	1.680.312	1.838.150	1.851.177
Abschreibung (AfA)	993.463	1.078.584	1.160.720	1.406.080	1.709.334	1.926.985	2.219.882	2.535.885	3.105.371	3.277.931	3.546.303	3.999.754	3.960.410	4.067.751
Bewirtschaftung	1.822.523	2.211.276	2.004.826	2.297.804	2.345.554	2.335.267	2.579.933	2.597.338	2.656.868	2.532.361	2.471.325	2.771.340	4.104.955	3.938.378
Bauunterhalt	1.230.954	1.588.142	2.243.316	3.470.131	5.132.435	2.481.213	3.687.107	3.680.719	3.560.683	4.293.566	4.238.330	4.142.477	3.190.580	3.109.452

(Ab dem Jahr 2016 erfolgt eine Aufteilung der PPP-Leistungen in einen Anteil für Bauunterhalt und Bewirtschaftung, welche zuvor voll der Position Bauunterhalt zugeordnet waren)

Alle Positionen haben eine steigende Tendenz. Die Bauunterhaltskosten haben 2016 und 2017 nachgelassen, was aber nicht in erster Linie auf fehlenden Mitteln beruhte, sondern auf die Erstattungen des Freistaats Bayern für die Mieteinnahmen für Asyl bei den Turnhallen zurückzuführen ist.

Für 2019 rechnet man im Vergleich zur Planung 2018 mit einer **Steigerung der Bewirtschaftungskosten** von rund **715.000 €**, was im Wesentlichen auf die Pauschalkürzung bei den Bewirtschaftungskosten in der Haushaltsplanung 2018 zurückzuführen ist. Bereits jetzt zeichnet es sich ab, dass diese Pauschalkürzung im Jahr 2018 nicht eingehalten werden kann. Insgesamt haben sich die **Bewirtschaftungskosten** deutlich erhöht und werden weiterhin eine steigende Tendenz haben. So ist beispielsweise aufgrund der Prognose der Be-

ratungsfirma für die Reinigungsausschreibung davon auszugehen, dass sich die **Reinigungskosten** zukünftig deutlich erhöhen werden. Neben einer Tariflohnsteigerung in Höhe von rund 5 % ist zudem eine generelle Kostensteigerung von 10 % zu berücksichtigen. So ist alleine bei den Kosten für Reinigung von einer Erhöhung von rund **160.000 €** auszugehen.

Obwohl das **ehemalige Kreissparkassengebäude** voraussichtlich erst Ende 2019 in Betrieb genommen werden kann, fallen hierfür bereits Bewirtschaftungskosten an, welche sich für 2019 nach derzeitigen Planungsstand auf rund **475.000 €** belaufen werden. Nach Bezug des Gebäudes wird mit jährlichen Kosten von durchschnittlich 750.000 € gerechnet.

Des Weiteren werden die **Personalkosten** aufgrund von allgemeinen Tariflohnerhöhungen sowie zusätzlichen Stellen steigen. In Folge der bevorstehenden Baumaßnahmen aus dem Masterplan Schulen und dem zusätzlichen Betreuungsaufwand, der mit dem ehemaligen Kreissparkassengebäude als neue Liegenschaft des Landkreises verbunden ist, wird im Stellenplan 2019 eine zusätzliche Hausmeister- sowie Technikerstelle beantragt.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren wurde im Eckwertvorschlag alle **Bauunterhaltsmaßnahmen** der Priorität A berücksichtigt. Die Maßnahmen der Priorität A belaufen sich zum jetzigen Planungsstand auf insgesamt **3.273.400 €**.

Die Planung des Teilbudgets des LSV-Ausschusses ist insbesondere durch die neu hinzugekommene Liegenschaft, deren zukünftige Bewirtschaftungs- und Unterhaltskosten derzeit nur auf Schätzungen bzw. Erfahrungswerten beruhen und der Zeitpunkt der Inbetriebnahme noch nicht abschließend festgelegt werden kann, noch mit gewissen Unsicherheiten verbunden.

Der Eckwert des LSV-Ausschusses wird von der Finanzmanagerin in Übereinstimmung mit dem Liegenschaftsamt mit **13.400.000 €** vorgeschlagen.

Zusammenfassung Teilbudget LSV-Ausschusses:

	IST 2017	Plan 2018	Eckwertevorschlag Sachgebiet 2019	Eckwertevorschlag Finanzmanagerin 2019	Abweichung zum Plan 2018
LSV	10.158.651	12.184.808	13.400.000	13.400.000	+ 1.215.192

**Steigerung von IST 2017 auf Eckwert 2019 = 31,9 % und vom Plan 2018 auf Eckwertevorschlag 2019 um 10,0 %.**

#### Zusammenfassung und Auswirkungen auf den Haushalt:

In der Zusammenfassung ergeben sich folgende Eckwertevorschläge für die Fachausschüsse:

	IST 2017	Plan 2018	Eckwerte 2018	Eckwertevorschlag 2019	Veränderung in € zum Plan 2018	Veränderung in % zum Plan

						2018
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	8.225.890	8.665.707	8.600.000	<b>8.950.000</b>	+ 284.293	+ 3,3 %
Jugendhilfeausschuss	12.432.728	12.933.158	12.800.000	<b>13.400.000</b>	+ 466.842	+ 3,6 %
SFB-Ausschuss	16.405.526	17.107.969	16.800.000	<b>17.200.000</b>	+ 92.031	+ 0,5 %
ULV-Ausschuss	4.843.676	5.379.686	5.400.000	<b>5.700.000</b>	+ 320.314	+ 5,9 %
LSV-Ausschuss	10.158.651	12.184.808	12.000.000	<b>13.400.000</b>	+ 1.215.192	+ 10,0 %
<b>Summe</b>	<b>52.066.471</b>	<b>56.271.328</b>	<b>55.600.000</b>	<b>58.650.000</b>	<b>+ 2.378.672</b>	<b>+ 4,2 %</b>

Damit würden sich die Eckwerte gegenüber dem Vorjahr um 3,05 Mio. € (5,5 %) erhöhen und gegenüber der Planung 2018 um 2,4 Mio € (4,2 %) steigen.

Sollte es gelingen die Eckwerte in der Planung umzusetzen, würde dies die Steuerungsmöglichkeiten des Kreishaushalts insgesamt **stärken**. Dies deshalb, weil aus dem Umlagekraftzuwachs bei gleichbleibender Kreisumlage ein Plus von bis zu 3,6 Mio. € erwartet wird und die Eckwerte gegenüber der Haushaltsplanung 2018 um 2,4 Mio. € erhöht wurden.

Eine Erhöhung der Kreisumlage ist nicht zu befürchten, falls die „großen Rahmenbedingungen“, wie insbesondere die Bezirksumlage und die Schlüsselzuweisungen im kalkulierten Bereich bleiben.

#### **Beratungen im Kreis- und Strategieausschuss am 09.07.2018:**

Die Eckwertevorschläge wurden vom Kreis- und Strategieausschuss bestätigt und einstimmig so beschlossen.

#### II. Beschlussvorschlag:

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Für die Haushaltsberatungen 2019 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:**

	Plan 2018	Eckwert 2019
<b>Kreis- und Strategieausschuss (KSA)</b>	<b>8.665.707</b>	<b>8.950.000</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>12.933.158</b>	<b>13.400.000</b>
<b>SFB-Ausschuss</b>	<b>17.107.969</b>	<b>17.200.000</b>
<b>ULV-Ausschuss</b>	<b>5.379.686</b>	<b>5.700.000</b>
<b>LSV-Ausschuss</b>	<b>12.184.808</b>	<b>13.400.000</b>
<b>Summe</b>	<b>56.271.328</b>	<b>58.650.000</b>

**Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 58.650.000 €. Die Summe der zur Verfügung gestellten Finanzmasse erhöht sich gegenüber der Planung 2018 um 2.378.672 € bzw. 4,2 %.**

**Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2019 diese Eckwerte einzuhalten.**

gez.

Robert Niedergesäß  
Landrat

gez.

Brigitte Keller  
Abteilungsleiterin Zentrales und Bildung  
Finanzmanagerin